

Forum
N *Neue* **P** *Politik der* **A** *rbeit*

Kurzprotokoll der Jahrestagung am 23. Und 24. März 2012

Europakrise: Passive Revolution oder demokratische Aufbrüche

1. Vorbemerkung

Wie auf der Jahrestagung verabredet, legen wir hier ein erstes dichtes und knappes Kurzprotokoll vor. Es ist für einen raschen Überblick über die Schwerpunkte von Vorträgen und Debatten auf unserer Jahrestagung gedacht. Zusätzlich werden wir auf unserer Homepage noch Referate, Foliensätze, Inputs und Diskussionen aus den Arbeitsgruppen einstellen, soweit wir das Material dazu erhalten. Ob wir die sonst übliche sehr ausführliche Protokollierung der Tagung vornehmen werden, ist noch offen und hängt auch davon ab, ob es eventuell auch noch einen Tagungsband geben wird.

2. Begrüßung und Vorstellung des Programms

Rainer Knerler begrüßte die TeilnehmerInnen der 10. Jahrestagung, die nach mehreren Jahren erstmals wieder in der IGM-Bildungsstätte Pichelssee durchgeführt wurde, was für die absehbare Zukunft so beibehalten werden soll. Das Thema der Tagung sei brennend aktuell und gut gewählt. In der sehr einseitigen öffentlichen Debatte in Deutschland werde z.B. verschwiegen, dass die Bundesrepublik von den Zinsbelastungen der südeuropäischen Staaten mit Zinsvorteilen von geschätzt zwischen 45 und 65 Mrd. € profitiert und die Exporte aus Deutschland um 50 Mrd. (2% des BIP) gestiegen sind; angesichts der aktuellen Krisenentwicklungen, die derzeit v. a. die Arbeitnehmer in Südeuropa zu spüren bekämen, zeuge das Programm der Tagung davon, dass hier im Sinne einer demokratischen Perspektive quer gedacht werden solle.

Frieder O. Wolf wies darauf hin, dass das FNPA schon länger das Thema Europa diskutiert. Heute könne man sagen: „Ergreife die günstige Gelegenheit“ (Zitat von Pittakos). Die Dinge müssten auch auf einen zuwachsen, und wir hätten dieses Glück – oder auch nicht. Unser Thema sei die Europakrise und die Frage, wie die Empörung darüber, dass die herrschende Politik im Sinne der „passiven Revolutionen“ darauf hinauslaufe, alles zu ändern, damit alles so bleiben könne wie es ist, in Handeln umgesetzt werden könne.

Gegenüber dem angekündigten Programm gebe es zwei Änderungen: *Sven Giegold* habe angesichts einer aktuellen Sitzung der Grünen in NRW im Hinblick auf die dort anstehenden

Landtagswahlen absagen müssen. Das Forum bemühe sich aber, seinen Beitrag schriftlich zu bekommen, um ihn auf der Homepage einstellen zu können. *Frank Bsirske* könne am Samstag zwar an der Podiumsdiskussion teilnehmen, müsse sich aber für sein Referat am Samstagmorgen durch Wolfgang Ullenberg van Dawen vertreten lassen.

3. Europakrise: Demokratische Herausforderungen in Deutschland und Europa

Hans-Jürgen Urban begrüßte, dass die Tagung eine Lücke in der offiziellen Gewerkschaftspolitik fülle. Die Weichen seien in Europa schon langfristig falsch gestellt worden. Das gelte für das Konzept des europäischen Binnenmarktes gegen nationale wohlfahrtsstaatliche Modelle und für die Einführung des Euro im Sinne von Kompetenzverlagerungen auf demokratisch nicht legitimierte Institutionen zum Zweck der Durchsetzung einer monetaristischen Politik (monetaristisch eingeschränktes Mandat der EZB). Gegen diese falsche Finanzarchitektur habe es nie einen Kampf der Gewerkschaften gegeben. Die Konsequenz aus der Krisenentwicklung seit der Weltfinanzkrise in Gestalt des Fiskalpacts sei eine Beschleunigung dieser bisherigen Fehlentwicklung nicht ihre Korrektur. Griechenland stehe dabei für eine Vorwegnahme eines zukünftig über die Fiskalunion automatisierten Verfahrens mit einer Verlagerung der Entscheidungskompetenzen auf die nicht demokratisch legitimierten Institutionen EZB und EuGH. Eine weitgehende Automatisierung des „Defizitverfahrens“ spiegele das Misstrauen gegenüber den opportunistischen Regierungen in Griechenland und in Italien (Bsp.: Papandreou vs. eingesetztem „Finanzverwalter“, der ein Goldmann-Sachs-Schüler ist). Die demokratische Legitimation werde so zerstört und nicht einmal eine Output-Legitimation (Scharpf) trete, sozusagen kompensierend, an deren Stelle. Die ökonomische Stabilität werde durch den Abbau von Demokratie erreicht, das „Vertrauen in die Märkte“ gehe über das „Vertrauen in die Menschen“. Kurzfristig sei die richtige Antwort, die Profite wegzusteuern und die Abhängigkeit der Nationalstaaten von den Finanzmärkten durch deren Defizitfinanzierung über die EZB (wie analog in den USA oder in Japan) aufzubrechen. Europapolitisch hilfreich sei es, wenn es den Gewerkschaften, möglichst über mehrere Jahre hinweg, gelänge, hier in der Bundesrepublik die Löhne anzuheben, um die Lohnstückkosten zu erhöhen, um dadurch die Exporte zurück zu fahren, die für die anderen EU-Länder zum Problem geworden sind, und darüber hinaus die Mikroanreize zur Spekulation über die Besteuerung der Finanzgewinne zu drehen (kurzfristige „Feuerwehrmaßnahme“ zur Umverteilung von ‚oben‘ nach ‚unten‘). Längerfristig gehe es darum, die EU in der Weise zu einer ‚Transferunion‘ umzubauen, dass ökonomische Ungleichgewichte in der EU deutlich verringert werden könnten. Tatsächlich laufe die Entwicklung jedoch auf eine demokratisch nicht legitimierte Wirtschaftsregierung hinaus, die energisch das Falsche tue. Die deutsche Außenpolitik erweise sich als gnadenlose Interessenvertretung der deutschen Wirtschaft. Es gebe keinen europapolitischen Akteur mit normativen europapolitischen Argumenten. Die Hoffnung sei jedoch, dass Sozialdemokraten und Sozialisten begriffen, dass sie mit den im-

mer noch hegemonialen monetaristischen Konzepten nicht leben können. Die neue Grundausrichtung der EU müsse mehr sein als bloße Krisenprävention. All dies müsse viel intensiver diskutiert und kritisiert werden als bisher – einschließlich des Widerstandes gegen den Fiskalpakt und der neuen Begründung einer sozialen Europaidee.

Annelie Buntenbach bestätigt diese Analyse: Die Lage sei schlimmer als die Stimmung. Mit dem Fiskalpakt trumpfe ein bereits totgesagter Neoliberalismus wieder auf. Diese zentrale Weichenstellung sei in der Diskussion in Deutschland aber noch nicht wirklich angekommen. Das Spektrum der Reaktionen reiche von ‚hilfloser Wut‘ und ‚Zorn‘ über ‚Solidarität üben‘ bis hin zu denen, die ‚nicht dran rühren‘ wollten. In der Bevölkerung herrsche der Eindruck: Schuldenbremse und Fiskalpakt sind richtig, weil Merkel so die Sparkonten der Bürger schütze. Über die Schuldenbremse hätte sie im Übrigen gerne mit Sven Giegold diskutiert. Der Fiskalpakt sei als Zementierung des Konzeptes der Agenda 2010, die jetzt in andere EU-Staaten exportiert werden soll (Absenkung der Arbeitskosten, Abbau der Sozialsysteme) das falsche Rezept. Schäubles Haushaltsvorschlag für 2013 bedeute weiteren Druck auf die sozialen Sicherungssysteme und Handlungsunfähigkeit des Staates. Die ‚gewerkschaftliche Papierlage‘ auf den Fiskalpakt bezogen sei im Übrigen exzellent, seine Ablehnung bei einzelnen Gewerkschaften allerdings unterschiedlich scharf. Es gebe eine Reihe von Veranstaltungen zum Fiskalpakt und eine aktive Pressearbeit des DGB. Vernetzung sei hier angesagt. Zu fordern sei ein Zukunftsinvestitionsplan für Europa (Vier-Punkte-Plan des DGB) für einen Grünen New Deal in Europa. Geschaffen werden könne eine „europäische Zukunftsanleihe für Krisenländer, die über einen Fonds finanziert wird, der sich aus einer einmaligen Vermögensabgabe oder über zinslose Darlehen der EZB speist. Die Resonanz der europäischen Gewerkschaften hinsichtlich dieses Zukunftsinvestitionsplans sei gut. Es gehe um einen Aufbruch für ein europäisches Sozialmodell und die Befreiung des Sozialstaates aus der Schuldenfalle. Die von den Gewerkschaften geforderte Schuldenbremse sei die Vermögenssteuer. Es gelte Druck zur Stärkung der Einnahmeseite aufzubauen und für eine demokratische Mobilisierung für ein soziales Europa zu arbeiten.

Aus der intensiven *Diskussion* sollen hier die folgenden Punkte hervorgehoben werden: (1) Zur These der ‚Transferunion‘ – von H.-J. Urban im Sinne eines proaktiven Ausgleichs der durch die Währungsunion entstandenen Wertschöpfungsdifferenzen in der EU gemeint – gab es einige Nachfragen. (2) Mehrfach wurde betont, dass Griechenland das Experimentierfeld für Demokratieabbau und ein Schleifen des Sozialstaats sei. Das gehe jetzt in Portugal, Spanien, Italien weiter, aber das ende dort nicht. Schließlich zerstöre die verfehlte und radikalisierte monetaristische Politik derzeit ja gerade dort die deutschen Exportmärkte. (3) Es könne so scheinen, als ob man hilflos sei, aber man sei doch eher ratlos. Es komme für die Gewerkschaften darauf an, im je nationalen Rahmen, aber mir europapolitischer Per-

spektive/Begründung ihre Hausaufgaben zu machen – siehe Lohnpolitik. Dafür gebe es auch durchaus Beispiele. Zugleich stelle sich heute aber auch die Frage nach der ‚Mosaiklinken‘ auf Europäischer Ebene. Davon seien die deutschen Gewerkschaften ein zentraler Teil. Im aktuellen Tarifstreit fordert die IG Metall eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden, Lohngleichheit für Leiharbeit und höhere Löhne. Für die anderen EU-Länder sei der Erfolg der IG Metall enorm wichtig, weil sie sich in ihren Arbeitskämpfen an Deutschland orientieren. Eine Fusion der IG Metall- Europa mit anderen europäischen Industrie- Gewerkschaften stünde an. Lohnforderungen von Ver.di und IG Metall seien derzeit gleich, die europäische Solidarität müsse stärker betont werden. Der DGB informiere die Gewerkschaften in den anderen EU-Staaten über seine Kritik an Harz IV, das die Bundesregierung als Erfolgsrezept anpreise. Zahlreiche Treffen mit Gewerkschaftern aus anderen EU-Ländern fänden statt, gemeinsame Veranstaltungen mit ausländischen KollegInnen werden organisiert. Eine pro-europäische Europakritik sei notwendig, was einem „Ritt auf der Rasierklinge“ gleichkomme, aber dennoch gemacht werden müsse. Gefahren von Rechts müssten gesehen werden, Strategien dagegen entwickelt werden, die Europa-Kritik dürfe nicht dem rechten Lager überlassen werden.

Arbeitsgruppen: „Radikaldemokratische Protestbewegungen in Europa“; „Rechtspopulismus in Europa“; „Europakrise und Gewerkschaftspolitik“.

4. Aus der Krise durch mehr (Wirtschafts-)Demokratie

Das Referat von *Wolfgang Uellenberg van Dawen (in Vertretung für Frank Bsirske)* setzt Impulse für die zweite Arbeitsgruppenphase. Er versteht Wirtschaftsdemokratie als ein alternatives, ganzheitliches Transformationskonzept, das ökonomisch und ökologisch nachhaltig und sozial gerecht sein müsse und nur in einem europäischen Rahmen entwickelt und umgesetzt werden könne. Von dieser Ebene aus sei die Deregulierung in Gesellschaft und Staat forciert worden, hier müsse nun die Auseinandersetzung für die Reregulierung der Finanzmärkte und die Sicherung öffentlichen Eigentums geführt werden. Nach der Finanzkrise sei es in der herrschenden Politik v. a. um die Rettung der Kapital- und Vermögensbesitzer gegangen. Die dann explodierende Staatsverschuldung verschärfe die Ungleichgewichte. In einer zweiten Phase gehe es jetzt um die Abwälzung der Krisenkosten auf die Lohnabhängigen und sozial Schwachen. V. d. Leyen kündige gerade die weitere Deregulierung von Arbeitnehmerrechten – als genuine Aufgabe der Arbeits- und Sozialminister – als ‚Strukturreformen‘ an. Der Fiskalpakt sei in der SPD Beschlusslage. In den Südeuropäischen Staaten träten „Kapitalversteher“ (wie Monti, Draghi, Papademos – alle mit Verflechtungen zu Goldman-Sachs) an die Stelle der „Völkerversteher“. Man dürfe in dieser Lage den Kampf um eine europäische Wirtschaftsregierung nicht aufgeben, aber die dürfe nicht nach dem „Merkozy“- Label gestaltet werden. Sie bedürfe neuer demokratischer Legitimierung über das

Europäische Parlament und eine wirkliche politische Union. Man müsse den Versuchen, die deutsche Agenda 2010 in anderen EU-Ländern als Vorbild zu verordnen, mit Alternativen (zukunftsfähige Technologien, öffentliche Investitionen, Ausbau des Sozialstaates) entgegenzutreten. Und man benötige in den Betrieben eine andere Erzählung als die von den schuldenmachenden Südländern, die selber Schuld sind. Und man benötige da einfache Sprachbilder gegen die Schuldzuweisung, „wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.“ Es gehe bei der Frage nach Alternativen immer auch um Machtfragen. Für die Gewerkschaften sei eine Institutionenkunde dringend erforderlich, die „weiche Koordinierung“ – der EU-Sozialausschuss - habe nichts zu sagen und die Gewerkschaften setzten viel zu viel Arbeit dahinein. Während der Finanzkrise sei Ver.di auch für die Rettung der Banken eingetreten, durch antizyklische Politik konnten Arbeitsplätze erhalten werden, aber ein Kurswechsel sei nicht erreicht worden, noch nicht einmal eine Beschäftigungssicherung bei den geretteten Banken konnte durchgesetzt werden.

Arbeitsgruppen: „Kampf um Öffentliches Eigentum“; „Demokratische Regulierung der Finanzmärkte“; „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Europa“.

5. Wo bitte geht's zur Demokratie – Krise und demokratische Bewegungen

Kai Lindemann knüpft in seinem Referat, das zu der abschließenden Podiums- und Plenumsdiskussion führt, zunächst noch einmal zustimmend an die Thesen von *Hans-Jürgen Urban* und *Annelie Buntentbach* an und betont insbesondere den Demokratie aushöhlenden und die Gesellschaft spaltenden Charakter der europäischen Politik. Zwar gebe es Proteste der Empörten und Ausgeschlossenen, aber die Formen, in denen sie zum Ausdruck kämen (z.B. Piraten) passten nicht immer in die Vorstellungen der Linken. Es sei wichtig die demokratische Frage aufzuwerfen und daran zu erinnern, dass der Kapitalismus oft gut ohne Demokratie ausgekommen sei; aber, das ist zu beachten, die demokratische Frage sei noch nicht die Systemfrage. Vieles an der gegenwärtigen Kritik von J. Habermas an der EU sei richtig. Gegen den von der EU forcierten Standortwettbewerb und die Probleme national verfasster und verzerrter Öffentlichkeiten sei die Forderung, Europa als modernen Verfassungsstaat neu zu erfinden, richtig. Die unbeantwortete Frage sei aber, mit welchen Inhalten wir heute unsere Vorstellungen eines demokratischen und sozialen Europas voranbringen könnten, wie wir gegen die in der EU von A. Merkel forcierte passive Revolution die immer noch herrschende neoliberale Hegemonie aufbrechen könnten.– angesichts der starken und überzeugend begründeten These J. Vogls („Das Gespenst des Kapitals“), dass mit der Weltfinanzkrise die neoliberalen Glaubenssätze zutiefst erschüttert seien („Oikodizee“¹) – im An-

¹ „Oikodizee“ (oikos = Haus, dike = Gerechtigkeit) beschreibt den Glauben daran, dass trotz aller empirisch nachweisbaren Krisen die Märkte ausgleichend, selbstregulierend und letztlich zum Vorteil Aller wirken – entsprechend der von Adam Smith aus theologischen Vorstellungen entnomme-

schluss an die historischen demokratischen Wellen von der Englischen über die Französische bis zu den demokratischen Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts.

6. Europakrise und demokratische Bewegungen

Auf dem anschließenden Podium zeichnet *Frank Bsirske* zunächst noch einmal ein dramatisches Bild der gegenwärtigen Lage: Was wir gerade erlebten, sei der seltsame Triumph gescheiterter Ideen, das Desaster einer Ideologie, die im gleichen Moment mit forciertem Nachdruck Leitlinie der Politik werde. Forciert werde eine rigide Austeritätspolitik mit kumulativen Sparprogrammen der öffentlichen Haushalte und nach der Dezentralisierung der Tarifverträge mit Angriffen auf Lohnfindungssysteme, Lohnhöhe und den Wohlfahrtsstaat. Die Wirtschaftspolitik in der EU sei selbstzerstörerisch. 40% der deutschen Exporte gingen in den Euroraum, und in Südeuropa würden gerade diese Exportmärkte zerstört. Es sei nicht erkennbar, wie das gut gehen könne. Also stelle sich die Frage nach gewerkschaftlichen Alternativen. Der EGB fordere einen Marshallplan für die südeuropäischen EU-Länder und eine Infrastrukturinitiative, finanziert über eine Vermögensabgabe. Zugleich gebe es Handlungsbedarf bei uns – von der Reregulierung des Arbeitsmarkts über die Rückabwicklung von Hartz IV eine andere Steuerpolitik und den Binnenmarkt stärkende Investitionen (Energiewende, Bildung,...). Auf der Jahresklausur des DGB Bundesvorstandes sei das am 1. Tag weitestgehend konsensuell diskutiert worden. Ernüchternd sei aber die Diskussion über die Möglichkeiten, solche Konzepte im Blick auf Europa insbesondere in den Betrieben zu vermitteln. Hier werde gesagt, es fehle die unmittelbare Betroffenheit vieler Menschen. Der DGB positioniere sich zwar gegen den Fiskalpakt, aber nicht alle Vorsitzenden sähen, wie man das Thema erfolgreich in die Betriebe transportieren könne. Man müsse also, statt etwa über den EGB zu schimpfen, darüber nachdenken, was man tun könne? Ver.di sei seit zwei Jahren am Thema Euro-Krise, aber das sei auch noch nicht überall an der Basis angekommen. In den Betrieben regiere zu oft noch der Stammtisch, dominiere der Sicherheits- gegenüber dem Gerechtigkeitsdiskurs. Verabredet habe ver.di mit den Gewerkschaften des ÖD in Österreich und der Schweiz eine Aktionswoche zum Thema: Woher kommen die Schulden in den Kommunen? Es komme darauf an, den Kollegen aus Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten eine Bühne zu schaffen. Im Mai planten sie eine Veranstaltung mit englischen Kollegen in London gegen die Verkehrung von Ursache und Wirkung bei der Erklärung der Staatsverschuldung.

nen Formulierung von der ‚unsichtbaren Hand‘. Vogl benutzt den Begriff analog dem der Theodizee - der in Europa nach dem verheerenden Erdbeben von Lissabon aufkam und das Ende der Vorstellung eines Gottesbeweises (Leibniz) zum Ausdruck brachte.

Helmut Martens beschränkt sich auf wenige ergänzende Bemerkungen zu dem Triumph gescheiterter Ideen. Er betont, dass der aktuelle neoliberale Schuldendiskurs systematisch die ökologische Krise ausblendet und von der europäischen Ebene her die Krise der Demokratie verschärfe. In dieser Hinsicht müsse man sich immer wieder klar machen, dass Konstruktionsfehler, die schon am Beginn der Entstehung der EU gemacht wurden, heute verschärft würden. Enzensberger habe das in seinem jüngsten Europabuch scharf herausgearbeitet. Etwas formelhaft könne man sagen, dass es gegen das gegenwärtig forcierte neoliberale Elitenprojekt darum gehe, für ein soziales und demokratisches Europa Jefferson, Marx und Keynes zusammen zu denken. Im Übrigen sei seine These, dass die modernen Wissensarbeiter, die man ja für einen entsprechenden Umbau Europas benötige, auch nur durch eine entsprechend radikalisierte Programmatik und Praxis der Gewerkschaften zu gewinnen seien.

Steffen Lehndorff weist darauf hin, dass die neoliberale Ideologie heute nicht mehr mit der Verheißung größerer Freiheiten und Selbstverwirklichungschancen für alle sondern mit der Drohung der Gefährdung erreichter Sicherheiten forciert werde (Verweis auf sein Buch „Ein Triumph gescheiterter Ideen“, VSA, April 2012). Dies zeige aber auch die Schwäche der herrschenden Ideologie und zugleich den Mangel an Alternativen – auch sichtbar daran, welche Probleme doch manche in Griechenland selbst mit den Schuldzuweisungen aus Brüssel und Berlin hätten. Es komme darauf an, die eigenen Hausaufgaben zu machen. In Deutschland mit seiner soliden Wertschöpfungsbasis sei eine sozialökologische Wende möglich, die dann zugleich ein Motor der europäischen Integration werden könne. In Jeder Lohnrunde sei es notwendig und möglich, eine neue Steuerpolitik und eine Reregulierung des Arbeitsmarkts zu thematisieren. Der Fiskalpakt wird ökonomisch scheitern, aber wegen seiner destruktiven Wirkungen und hohen Kosten sei es erforderlich ihn jetzt zum Scheitern zu bringen. Die ‚Mosaiklinke‘ gelte es über die Gewerkschaften hinaus zu entwickeln, und diese müssten sich als Träger realer Gegenstrategien bei der jungen Generation, die ja gerade neue Protestformen entwickle, neu legitimieren.

Aus der anschließenden *Plenumsdiskussion* sollen hier die folgenden Punkte festgehalten werden: (1) in mehreren Beiträgen wurde beklagt, dass die nach der Finanzkrise spürbaren Infragestellungen der marktradikalen Ideologie über den Schuldendiskurs wieder verlorengegangen seien, dass die Schaffung von Orientierung z.T. schon im Blick auf die eigenen Funktionäre ein Problem sei und dass eine proeuropäische Europakritik gegenüber dem weiter forcierten neoliberalen Rollback in der Gefahr sei, in so etwas wie eine Komplexitätsfalle zu geraten. Die Zukunftsängste und nationalistischen Zuschreibungen, die die Neoliberalen forcierten, verhinderten Empathie und damit auch Solidarität. (2) Dagegen wurde zum einen auf den „Transformationskongress“ des DGB (8./9. 06.), zum anderen auf den geplanten

Internationalen Kongress der IGM über einen Grünen New Deal (6-8.12.) verwiesen. Weiter wurde betont, dass es in den tag-täglichen Auseinandersetzungen darauf ankomme, der Geschichte, die die Bundesregierung erzähle, eine eigene Erzählung entgegenzusetzen, die einfach genug sei, an Eigeninteressen anknüpfe und Empathie erzeugen könne. Empathie werde z.B. erzeugt, wenn man frage: Was müssten wir alles Sparen, wenn wir so sparen müssten wie die Griechen? Eigeninteressen würden angesprochen, wenn man frage, wer denn zukünftig in Südeuropa unsere Produkte kaufen solle, dass die Autos, die hier gebaut werden, Käufer finden müssen, dass verschärfte Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen hier (Flexibilisierung, Gesundheit) im Kontext der Standortkonkurrenz in Europa gesehen werden müssten usw. Es gebe außerdem Anknüpfungspunkte in der Tarifpolitik, bei strategischen Debatten über Europa, nicht nur hier im FNPA, in der Bildungsarbeit usw.

Auch gebe es die Möglichkeit, die gewerkschaftsnahe Wissenschaft stärker zu mobilisieren. Z. B. könnte doch sicherlich die HBS ihre Vertrauensdozenten für einen Aufruf gegen den Fiskalpakt gewinnen. (3) Weitere Beiträge kritisierten, dass man - bei unbestrittenen Schwierigkeiten, das Thema Europakrise in die Betriebe zu tragen – zu leicht angesichts des hegemonialen Schuldendiskurses zurückweiche. Bei einer offenen Debatte sei sicherlich keine Erfolgsgarantie eingebaut, aber wenn man eine Debatte davon abhängig mache, dann habe man tatsächlich gar keine Debatte, folglich bleibt die Herrschaft des neoliberalen Diskurses. Dann erlebe man, dass Rechtspopulisten erfolgreich im eigenen gewerkschaftlichen Milieu fischten. Dagegen komme es auch darauf an, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien stärker herauszustellen. Es müsse darum gehen, durch Verknüpfung von gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Aktivitäten zu so etwas wie einem europäischen sozialpolitischen ‚Krefelder Appell‘² zu kommen.

In den Schlussstatements vom Podium betonte *Steffen Lehdorff*, dass es im wichtigsten politischen Konflikt der nächsten Monate, dem um den Fiskalpakt, darauf ankomme, eine Zustimmung dazu für SPD und Grüne richtig peinlich zu machen, dass im Übrigen viel vom Ausgang der Wahlen in Frankreich abhängen und dass es darauf ankomme, Konfliktfähigkeit neu zu lernen. *Frank Bsirske* unterstrich, dass an diesem Wochenende die Frage der Umsetzung des DGB-Aufrufs gegen den Fiskalpakt geklärt werde und dass in der laufenden Tarifrunde ein tief empfundenenes Gefühl sozialer Ungerechtigkeit den Sicherheitsdiskurs wieder überlagere. Die Frage: ‚Woher kommen die Schulden?‘ und Merkels Antwort: ‚Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt‘, sind wichtige Ansatzpunkte einer Gegenargumentation. Hier

² Der ‚Krefelder Appell‘ war ein Aufruf der westdeutschen Friedensbewegung an die damalige Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa (NATO-Doppelbeschluss) zurückzuziehen und innerhalb der NATO auf eine Beendigung des atomaren Wettrüstens zu drängen. Er wurde am 16. November 1980 öffentlich vorgestellt und bis 1983 von über vier Millionen Bundesbürgern unterzeichnet.

könne man Zusammenhänge klären und Brücken zur eigenen Betroffenheit herstellen. Es sei hier möglich, in Aktionen Sinn- und Orientierungsangebote zu schaffen und dem großen Bedürfnis nach Orientierung Rechnung zu tragen. *Helmut Martens* unterstrich, dass es nicht ausgemacht sei, dass ein späteres, ökonomisch unausweichliches Scheitern des Fiskalpaktes nicht auch hohe politische Kosten mit sich bringe, weil rechtspopulistische Strömungen dann das Feld besetzten, das die Linke jetzt womöglich nicht zu besetzen vermag. Er müsse also jetzt verhindert werden. Die eigenen Hausarbeiten allerdings könne jeder nur dann richtig machen, wenn sie immer auch im Blick auf die eigene Idee eines sozialen und ökologischen Europa verstanden und begründet werden.

Zum Schluss erinnerte *Dieter Scholz* daran, dass das Forum nun bereits die 10. Jahrestagung durchgeführt habe, ausgegangen sind wir von der Thematik der Veränderungen in der Arbeitswelt, über Deregulierung, Epochenbruch, Wissensarbeit und Neue Wirtschaftsdemokratie und haben immer auch die europäische Ebene³ mit betrachtet. Die Re-Regulierung der Arbeit ist ohne Europa gar nicht zu denken, die Demokratisierung der Wirtschaft müsse auch auf europäischer Ebene weiter gedacht werden. Schwerpunkt könnte jetzt werden: „Wie sieht das handelnde Subjekt Gewerkschaft in der Europa-Krise (in den Krisen) aus?“ In Europa dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass die deutschen Gewerkschaften Teil der herrschenden deutschen Regierungspolitik sind, es muss klar werden, dass die Gewerkschaften in Deutschland gegen diesen Politik-Kurs sind.

Mai 2012

Protokoll: Helmut Martens, Dieter Scholz, Jessica Kücks, Tobias Lassen, Pia Paust-Lassen

Hinweise:

- 1.) Der Aufruf „Europa neu begründen“, den WissenschaftlerInnen und Gewerkschafter im April 2012 initiierten, ist zu finden unter: www.europa-neu-begrunden.de (InitiatorInnen: Frank Bsirske, Annelie Buntenbach, Rudolf Hickel, Steffen Lehndorff, Hans-Jürgen Urban)
- 2.) Im Mai 2012 erschienen: „Memorandum 2012 – Europa am Scheideweg - Solidarische Integration oder deutsches Spardiktat“, www.papyrossa.de
- 3.) Zum Jahresbeginn 2012 erschien das „EuroMemo 2012 – Europäische Integration am Scheideweg: Mehr Demokratie für Stabilität, Solidarität und soziale Gerechtigkeit“ der EuroMemo-Gruppe (Europäische WirtschaftswissenschaftlerInnen für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa, 17. Treffen der AG vom 16. – 18. September 2011 in Wien). Gedruckte Fassung: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2012, VSA Hamburg. Oder unter: www.euromemo.eu auch in anderen europäischen Sprachen.
- 4.) Weitere Dokumente zur Tagung sind auf der website des FNPA zu finden: www.forum-neue-politik-der-arbeit.de

³ Aus der Diskussion im FNPA über Europa entstand 2009 die Publikation: „Europa sind wir - Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster 2009